

Pöfener Zeitung.

Dreihundachtzigster

Jahrgang.

Nr. 400.

Freitag, 11. Juni.

1880.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaaltene Pettzeile ober deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

Annahme-Bureau.
Zr. Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei G. L. Danne & Co.,
Haasenstein & Vogler,
Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidendank“.

Die opportunistische Republik.

Ueberblickt man die innere politische Entwicklung Frankreichs während des letzten Jahrzehnts, so kann man nicht umhin, die Erfolge anzuerkennen, welche die gemäßigten Republikaner nach und nach über ihre sämmtlichen Gegner davongetragen haben. Nach dem Zusammenbruch des napoleonischen Kaiserthums und nach der Beendigung des deutsch-französischen Krieges konnte man in den ersten Jahren lediglich von einer französischen „Verlegenheits-Republik“ sprechen. In verächtlicher Weise war wurde unter der Präsidentschaft Mac Mahons der republikanische Charakter des Staatswesens betont; die französischen Gesandten in fremden Hauptstädten wurden „Gesandte Frankreichs“ und nicht „Gesandte der Republik Frankreich“ genannt. Schrittweise indeß erkämpften die Republikaner immer mehr eine Anerkennung der bestehenden Staatsordnung. Mac Mahon fiel und mit ihm die Aussicht einer klerikal-monarchischen Restauration; der roi „Henri V.“, der Mann der weißen Fahne, hatte sich schon längst dem Klischee der Lächerlichkeit überantwortet; die Orleanisten verzweifelten selbst an ihren Aussichten und von dem Gespenst des bonapartistischen Kaiserthums hat die Länge eines Zulufassers die französische Republik befreit.

Mit der Präsidentschaft Grévy's und der Wahl Gambetta's zum Vorgesetzten der Deputirtenkammer ist die legale Republik eigentlich erst zur vollgiltigen Thatsache geworden. Aber fortan waren nicht mehr die Monarchisten, sondern die Anarchisten des Staatswesens gefährlichste Gegner. Und im Gefolge der Anarchisten tauchte denn auch, wie gewöhnlich bei allen Sturmfluthen, „das Schiffelein Petri“ auf, um in der drohenden Verwirrung im Trüben zu fischen und das „Heil Frankreichs“ von der Herrschaft der Kirche abhängig zu machen. Beide Feinde der republikanischen Staatsform sind heutzutage die einzig beachtenswerthen.

Das Treiben der Anarchisten, wie es gegenwärtig wieder in den rothen Zentren der Republik an der Tagesordnung ist, dürfte hinlänglich dafür den Beweis liefern, daß die Saat der kommunistischen Rebellion von 1871 nicht unterdrückt ist, sondern wieder lustig emporzuschießen beginnt. Rochefort, Blanqui und Clemenceau, ehemals in Frankreich nahezu als Verbrecher angesehen, sie sind heute wieder die Helden des Tages. Der Unterschied zwischen den französischen Kommunisten und den deutschen Sozialdemokraten fällt dabei ganz besonders auf, als ein aus dem Nationalcharakter beider Völker resultirender. In Deutschland hatte die sozialistische Bewegung einer tiefer durch die Massen gehenden, mehr ruhigen und auf einen unzufriedenen Grubesei basirenden Verlauf genommen; in Frankreich dagegen hält sich die anarchische Bewegung, bei dem leicht entzündlichen und erregbaren Nationalcharakter der Franzosen, stets an der Oberfläche, sie droht aber darum auch, wie der Lavaström eines Kraters, tagtäglich auszubrechen. Der französische Radikalismus ist somit, vermöge seiner leichten Erregbarkeit, dem Staatswesen momentan gefährlicher, als bei uns die deutsche Sozialdemokratie.

So sehr auch die opportunistischen Republikaner heute darüber triumphiren, daß bei der Wahl in Lyon am 6. d. nicht der Seros der Kommunisten, der alte Blanqui, sondern sein Gegner Ballue durchgekommen ist, so sehr problematisch ist andererseits dieser Erfolg. Die Opportunisten verweisen darauf, daß wenn auch Ballue ein ebenso radikal gesinnter Agitator sei, wie Blanqui, er doch immer die gesetzliche Wahlfähigkeit besitze, die Stadt Lyon also, als der Hauptheerd der rothen Agitation, jedenfalls durch die Wahl Ballue's ihre Achtung vor der Gesetzlichkeit dokumentirt habe. Indeß, Blanqui ist einfach ein alter überspannter Phantast und die lyoner Radikalen werden es wohl besser gewußt haben, warum ein Ballue, der wenigstens seinen Sitz in der Kammer unbefristet einnehmen wird, ihnen und ihrer Propaganda mehr nützen kann, als der exzentrische Poltron Blanqui. Monsieur Ballue wird sicherlich nicht verfehlen, um seinen Wählern dankbar zu sein, in der Deputirtenkammer, im Bunde mit den übrigen Rothen, nach Kräften die Opportunisten und die „gemäßigten Satrapen“ zu befeuern.

Gleichzeitig hat auch die fromme Kirche in Frankreich einen Wahlerfolg zu verzeichnen, der wohl das Vorspiel eines weiteren regelrechten Feldzuges gegen die Republik sein dürfte. Der Bischof Freppel ist in der Bretagne gewählt worden, nachdem er vom Pappe die Erlaubniß erhalten hat, sich von den Royalisten des Finistère als Kandidat aufstellen zu lassen. Damit ist der Anfang zur Gründung einer Art von ultramontanem französischen „Zentrum“ in der Deputirtenkammer gemacht, um dem Episkopat wieder einen Einfluß auf die Gesetzgebung zu verschaffen. Die Jesuiten kennen eben ihre Leute; und wenn es in Belgien möglich war, durch das allgemeine Wahlrecht den Ultramontanismus obenauf zu bringen, warum sollte dasselbe nicht auch unter ähnlichen Verhältnissen in Frankreich versucht werden können?

Der Vatikan glaubt noch immer nicht an die definitive Konstitution der Republik. Er hat freilich heutzutage weniger seine Hoffnung auf die weiße Fahne Chambord's, als auf die

rothe Fahne der Kommunisten gesetzt, um bei dem zu erwartenden Rückschlage dann ähnlich, wie nach 1871, zu triumphiren. „Uns kann nur die Revolution helfen“ — dies einstmalig gesprochene Wort eines päpstlichen Nuntius ist noch heute die Richtschnur für die Politik der Kurie, in deren Schooß zu flüchten, die bedrängten Staatsmänner gezwungen werden sollen. Von der Festigkeit der französischen Republikaner wird es abhängen, diesen Glauben zu zerstören, und den Triumph der rothen und schwarzen Internationale abzuwenden.

Vatikanische Stimmen über die Verhandlungen zwischen Deutschland und der Kurie.

Der römische Berichterstatter der „R. Z.“ schreibt vom 5. d.: „Der Artikel über den deutschen Kirchenstreit, welchen die „Aurora“ heute bringt, ist beachtenswerther als die letzten Aeußerungen der „Civiltà Cattolica“, denn er giebt genau das wieder, was augenblicklich im Vatikan gebräut wird. Wir sagen absichtlich „gebräut“, denn anders kann man eine Thätigkeit nicht wohl bezeichnen, deren wesentlichstes Merkmal darin besteht, daß geheime Hoffnungen, Intriguen und Ueberredungen nach allen Richtungen durcheinanderlaufen, bis der von ihnen erzeugte Schaum schließlich an die Oberfläche tritt. Was die „Aurora“ heute schreibt, spiegelt die Stimmung wieder, die zwar dem Papst nicht selbstständig eigenthümlich ist, zu der ihn aber seine Rathgeber gebracht haben; es läßt auch noch etwas mehr durchblicken, nämlich den geheimen Wunsch wenigstens dieser Rathgeber, weitere Verhandlungen unmöglich zu machen, so lange nicht Fürst Bismarck abgeht und Preußen völlig „zu Kreuze kriecht“. Das offiziöse Blatt ergeht sich erst in einigen, der Form nach sehr höflichen Bemerkungen über den Fürsten Bismarck und die große Bedeutung seiner Verhandlungen mit der Kurie; es habe solchen Faktoren gegenüber früher geschwiegen. Nun aber habe Fürst Bismarck die Aktenstücke veröffentlicht und damit die Diskussion herausgefordert. Hier fließt die Bemerkung ein, der Reichskanzler habe eigentlich gegen die diplomatischen Bräuche verstoßen, als er die Veröffentlichung von Schriftstücken vornahm, welche „zwischen Macht und Macht“ gewechselt werden; iudexen das verzeiht ihm die „Aurora“ gnädig und kommt zur Sache. Sie schreibt:

Es ist eine bekannte Sache, daß die preussische Regierung, nachdem sie gesehen, wie der Kulturkampf statt der erwarteten Vortheile die Zwietracht ins Reich brachte und die Parteien des Umsturzes mit Muth und Hoffnung füllte, an eine Vereinbarung mit der katholischen Kirche dachte, um den Spaltungen ein Ende zu machen und sich der Wohlthaten zu erfreuen, welche deren eminent heilige und konservative Lehren hervorgebracht haben würden. So gerechtfertigte Wünsche brauchen nur ausgesprochen zu werden, damit der apostolische Stuhl sie eifrig aufnehme, erfüllt wie er ist von dem Wunsche, daß die Kirche, ihrer selbst Herrin, ihr Amt zum Heile der Seelen und zum Frommen der bürgerlichen Gesellschaft ausüben könne. Was war nun aber die Pflicht (sic!) der preussischen Regierung, wenn diese der Kirche den Frieden in den deutschen Provinzen anbot, und welches war die logisch gebotene Art des Vorgehens? Wer mit einer Einrichtung wie die Kirche verhandeln will, der muß sie nehmen wie sie ist, wie ihr göttlicher Gründer sie gemacht hat. Wenn Jemand ihr Bedingungen stellt, welche ihren Begriff und Zweck wesentlich ändern, so bekleidet er sich nicht bloß mit einer Ungerechtigkeit, sondern thut etwas Unvernünftiges. Nehmen wir an, was nie geschehen wird, daß die Forderungen der Regierung durchdrängen, so fände diese sich nicht derjenigen Kirche, welche sie sucht, sondern einer Art von Larve gegenüber, die keine Kraft hätte, die gewünschte Hilfe zu leisten. Nun ist aber die Kirche wesentlich und unveränderlich eine autonome religiöse Gesellschaft, mit einer Hierarchie, die vom Papst bis zum untersten Geistlichen reicht; sie hat das Recht, ihre Söhne religiös zu unterrichten, den Beruf und das Wissen Derjenigen, die sich zum heiligen Amt anbieten, zu prüfen, geeignete Virten zur Weidung und Führung der christlichen Herde einzuleiten. Wer also mit ihr verhandeln will, muß alles dieses voraussetzen und respektiren. Die preussische Regierung kann, wie jede andere Regierung der Welt, einen anderen Weg einschlagen, kann auf ihr eigenes Risiko und Gefahr die Braut des Herrn verfolgen, unterdrücken und verkennen, aber wenn sie dieselbe zur Bundesgenossin haben und sich ihrer Hilfe bedienen will, muß sie sich entschließen, sie so anzuerkennen, wie sie geworden ist, nicht aus eigenem Willen, sondern durch die Fügung Gottes, von dem allein sie ihre Aufgabe und ihre Gesetze hat.

So nabeliegend und vor allem so vernunftgemäß diese Auffassung ist, so scheut sie doch dem Geist der sonst so fähigen und erfahrenen preussischen Staatsmänner nicht klar geworden zu sein. Man sprach zur Kirche: Wir wollen pari passu mit euch gehen; wir sind bereit, euch etwas zu geben, aber zum Ersatz müßt ihr uns auch etwas vom euren ablassen. Und das, was man von der Kirche verlangte, war genau das, was die Kirche nicht geben kann, ohne ihren wesentlichen Bestand zu verletzen, das, was der Papst ausdrücklich sich vorbehalten hatte. In dieser Art, die Fragen zu behandeln, sehen wir etwas von dem Einfluß, den die Söhne Abrahams auf die Gesellschaft der Gegenwart ausüben. Weist ungemein reiche Leute und zum großen Theil Jünglinge verdirbt, so erstickt sie oft in Verdringung mit den Staatsmännern, theils wegen öffentlicher Angelegenheiten, oft auch wegen privater Spekulationen, und wie schlechte Gesellschaft den Jüngling verdirbt, so erstickt sie in deren christlichen Sinn. Der Hebräer ist vor allen Dingen Handelsmann. Er will von euch profitieren, will, so viel er kann, von eurem Gelde gewinnen; er verlangt von euch hundert Thaler, dann hundert Franken und geht schließlich auf einen Solido herab. Es scheint, als habe die preussische Regierung etwas von dieser häßlichen Gewohnheit angenommen. Die Rechtsfrage, welche das Wesen der Kirche berührt, steht für ihn in einer akademischen Region, er will die praktische Frage, do ut des, ohne zu bemerken, daß das, was er akademische Frage nennt, für die Kirche und die Entwicklung ihrer wohlthätigen Wirkung eine Lebensfrage ist. Und weil die Kirche dem Staat auf diesem halbjudischen Wege nicht folgen kann, wird er kornig und sagt, die Kirche gebe ihr nichts, während er, der Staat, viel gegeben hat und sich breit macht, noch mehr zu geben.

Wir werden das, was die preussische Regierung gegeben hat und geben will, noch zu beurtheilen haben; vorläufig wollen wir untersuchen, ob die Kirche nicht, ohne sich zu unwürdigem Feilschen herabzulassen, etwas anbietet, was die Opfer der Regierung wett macht, wenn solche Opfer überhaupt vorhanden sind. In einem Staate, welcher acht Millionen Katholiken zählt, die sich in den theuersten Gefühlen der Religion und der Gewissensfreiheit bedrängt fühlen, die weit entfernt sind, Revolution zu machen, die aber einen tiefen Ekel, einen gerechten Unmuth bekunden, in einem solchen Staate die Ruhe, den Frieden, die Liebe zum Vaterland und zur Dynastie herzustellen, das, denkt uns, ist ein nicht zu verachtender, ein unvergleichlicher Vortheil. Die preussische Regierung weiß, daß es edle Arten des Widerstandes, entschlossene Oppositionen giebt, die man mit den Waffen nicht bezwingt, die selbst das Gefängniß nicht bricht und die schließlich immer Recht behalten. Wenn die Kirche einschreitet, wenn das Haupt des Katholizismus ein Wort spricht, das den Sturm beruhigt und den Unmuth löst, so leistet er einen Dienst, den keine Schätze bezahlen können. Der religiöse Kampf in einem Lande hält die Geister immer in Spannung und hindert die Handelsgeheile (sic!), daher verhängnißvolle finanzielle und ökonomische Störungen. Die Hand des Papstes, welche sich ausstreckt, um die Katholiken zu beruhigen, die ihnen den Frieden zuwinkt, leistet auch in der bürgerlichen Ordnung der Dinge eine Wohlthat, welche eine Regierung nicht gerechter Weise gering erachten kann. Der Reichskanzler zeigt in einer Depesche vom 20. April nur wenig Achtung vor dem, was er die „theoretische Unterstützung“ gegen den Sozialismus nennt; in Wahrheit aber ist diese Unterstützung nichts weniger als theoretisch. Die preussische Regierung gebe dem Episkopat und dem Klerus die Freiheit, lasse die Pfarrer zur Seelsorge zurückkehren, um unbelästigt ihres Amtes zu walten, und sie wird sehen, daß die Lehren der katholischen Kirche nicht in dem Bereiche der Theorien bleiben, sondern daß sie in Fleisch und Blut ihrer Söhne übergehen, daß sie deren Handlungen bestimmen und die Regierungen von Ausnahmemaßregeln entbindet, die, selbst wenn sie durch die Lage gerechtfertigt wären, doch immer reinlich sind und nicht immer zum Zweck führen. Es ist also nicht richtig, zu sagen, daß die Kirche ihrerseits keine Gegenleistung angeboten habe; sie bietet den werthvollsten Ersatz, wenn man nur, den Schacherstandpunkt bei Seite lassend, die Sache von einem beider Parteien würdigen und ausschließlich christlichen Standpunkt aus ansieht. Von andern Zugeständnissen des heiligen Stuhles soll künftig die Rede sein.

So die „Aurora“. Der Artikel kennzeichnet vollständig die Denkweise, von der der Vatikan beim Abbruch der Verhandlungen ausgegangen ist. Von vornherein tritt die schiefe Voraussetzung auf: 1) Preußen habe vom Kulturkampf Vortheile gehofft, und 2) es habe sich an die Kirche gewandt, um Hilfe gegen die „Parteien des Umsturzes zu finden“. Es ist bekannt, daß dem so sei, fängt die „Aurora“ an; sie hätte aber sagen können, es ist bekannt, daß das, was wir jetzt sagen, nicht wahr ist, daß Preußen den Kulturkampf nur als Ehrenpflicht auf sich genommen hat und daß es bei der Kirche nicht Hilfe sucht gegen die Sozialisten, sondern daß es nur den eigenen katholischen Unterthanen die Mißstände hat ersparen wollen, welche ihnen die kirchlichen Fanatiker im Bunde mit den politischen Reichsfeinden zugefügt haben.

Nun folgt die so oft wiedergekaute Behauptung, daß die Kirche mit dem Staat nicht pari passu verhandeln könne, sondern daß der Staat ihre geistlichen Rechte ohne weiteres anerkennen müsse, und daß Preußen das Wesen der Kirche in Frage gestellt habe mit Forderungen, welche dieselbe Kirche bekanntlich in anderen Ländern zugesieht, ohne sich in ihrem Wesen behindert zu fühlen. Doch es hat gar keinen Zweck, sich mit dem Inhalt dieser Klüstersophistereien polemisch zu befassen; was uns an denselben interessiert, ist die Feststellung des Standpunktes, den die Rathgeber des Papstes Deutschland gegenüber durchgesetzt haben. Es ist offenbar der der vollkommenen Gegnerschaft. „Ihr müßt die Kirche nehmen wie sie ist und ihre absolute Herrschaft im hierarchischen Gebiet anerkennen; wo nicht, so lassen wir euch von den Sozialdemokraten auffressen.“ Das ist der bündige Inhalt des Ganzen. Wenn die preussische Regierung erklärt, sie könne diese Grundsätze nicht anerkennen, wolle aber einen praktischen modus vivendi suchen, so wird geantwortet: „Das ist Schacher, wir wollen unsere Grundsätze, ohne die können wir nichts für euch thun.“ Der höchst sinnreiche Seitenblick auf das Judenthum in der deutschen Politik ist offenbar darauf berechnet, den Reichskanzler persönlich zu beleidigen und etwaigen späteren „praktischen“ Anknüpfungspunkten ein Hinderniß zu werden. Wie weit aber nun im Sinne der vatikanischen Heiligen die freie Herrschaft der Kirche zu gehen hat, das leuchtet recht erbauend aus dem letzten Paragraphen hervor: Der Papst streckt die friedensbringende Hand aus, und die Katholiken werden gutgefinnt, die Sozialdemokraten geben sich, Freude und Einigkeit

